

Fünf Jahre nach Kastellorizo

Von Yiannis Palaiologos, in der Kathimerini vom 19. April 2015.

Übersetzt und leicht gekürzt von Niels Kadritzke

Griechenland war das erste Land der Eurozone, das auf die Intensivstation der Troika eingeliefert wurde. Und höchstwahrscheinlich wird es auch das letzte sein, das aus irgendwann entlassen wird – zwar nicht unbedingt als geheilt.

Irland, das im November 2010 ein „Rettungsprogramm“ unterschrieben hat, ist dem Regime der „Memoranden“ im Dezember 2013 entkommen. Dasselbe hat Portugal im Mai 2014 geschafft, genau drei Jahre nach Beginn seines eigenen Programms. Selbst Zypern befindet sich zwei Jahre nach seiner stürmischen Unterwerfung unter das Troika-Programm dem Ausgang näher als Griechenland.

Was damals erwartet wurde

Es lohnt sich, uns ins Gedächtnis zu rufen, welche Voraussagen in dem ursprünglichen „Memorandum“ für Griechenland standen und sie mit den späteren Realitäten zu vergleichen. Nach den Annahmen des ersten Rettungsprogramms würde die Volkswirtschaft 2010 um 4 Prozent und 2011 um 2,6 Prozent schrumpfen, aber 2012 zu einem Wachstum von 1,1 Prozent zurückkehren. Im selben Jahr sollte die Arbeitslosigkeit mit 15,3 Prozent ihren höchsten Punkt erreichen. Die öffentliche Verschuldung sollte bis 2013 auf 149,6 Prozent steigen und in der Folge wieder sinken, ohne dass es eines Schuldenschnitts bedurft hätte.

Wie es tatsächlich gekommen ist

In Wirklichkeit haben sich die Dinge ziemlich anders entwickelt. 2010 erreichte die Rezession 4,9 Prozent, um 2011 auf die Horrorzahl von 8,9 Prozent anzusteigen. 2012 schrumpfte das BIP erneut um 6,6 Prozent – in dem Jahre also, für das ursprünglich eine konjunkturelle Erholung und die Rückkehr Griechenlands auf die Finanzmärkte vorausgesagt worden war. Auch 2013 schrumpfte das BIP erneut um 3,9 Prozent; und die ersten Zeichen der Erholung, die sich 2014 einstellten, erweist sich bereits als ein lediglich kurzes Aufflackern innerhalb tiefer wirtschaftlicher Finsternis.

Die Arbeitslosenquote stieg 2013 bis auf 27,5 Prozent und ist seitdem nicht unter die 25-Prozent-Grenze gefallen. Und die Staatsschuld kletterte Ende 2014, trotz des drastischen Schuldenschnitts vom März 2012, auf die Rekordhöhe von 177,1 Prozent des BIP.

Griechenland hat heute – als einziges der 19 Eurozonen-Länder – keinen Zugriff auf die Milliardensummen, die von der EZB im Rahmen ihrer monetären Lockerungspolitik („quantitative easing“) zur Verfügung gestellt werden. Das liegt daran, dass die EZB mit ihrem QE-Geldern keine griechischen Anleihen kaufen darf, die keine ausreichende Sicherheit bieten. Die Zinsen für griechische 10-Jahres-Anleihen schwankten letzte Woche um 13 Prozent, während sie für portugiesische 10-Jahres-Papiere unter 2 Prozent und für entsprechende irische Anleihen unter 0,75 Prozent lagen.

Warum hat das griechische „Rettungsprogramm“ nicht dieselben Resultate gebracht wie die „Memoranden“ für die anderen Länder? Was macht den griechischen Fall so anders im Vergleich mit den anderen überschuldeten Ländern der Eurozone? Aus Anlass des fünften Jahrestags von Kastellorizo haben wir diese Fragen per e-mail an fünf führenden

internationalen Ökonomen übermittelt. Hier ihre Antworten.

Paul Blustein hat als Wirtschaftsjournalist für das Wall Street Journal und die Washington Post gearbeitet. Derzeit arbeitet er am Center for International Governance Innovation (CIGI) und schreibt ein Buch über die Rolle des IWF in der europäischen Krise. Blustein betont gegenüber der Kathimerini, unter den drei Mitgliedern der Troika sei der IWF die Institution gewesen, „die nach Ausbruch der Krise zu milderer Auflagen tendierte“ und Griechenland“ mehr Zeit für die Verringerung des Haushaltsdefizite gewähren wollte als die EZB und die EU-Kommission“.

Zudem habe der IWF im Herbst 2011 eine Analyse präsentiert, die aufzeigte, dass die griechische Schuldenlast langfristig nicht zu bedienen war, womit er die anderen Troika-Mitglieder zwang, die tatsächlichen Verhältnisse anzuerkennen. Dem Währungsfonds ist nach Blustein allerdings vorzuhalten, dass er nicht früher auf einem größeren haircut für die griechischen Schulden bestanden hat, womit er sich innerhalb der Troika mit der Rolle des „schwächsten Partners“ abgefunden habe.

Den größeren Teil der Schuld an dem dramatischen Misserfolg des griechischen Sparprogramms gibt Blustein jedoch der öffentlichen Verwaltung und dem politischen System Griechenlands, dessen „funktionale Mängel größer seien als die aller anderen (Krisen-)Länder“. Er betont aber zugleich: „Hätte die Troika die Initiative zu einem Schuldenschnitt früher ergriffen, wäre das griechische politische System der Herausforderung vielleicht eher gerecht geworden.“

Der Brite **Philippe Legrain** ist Gastprofessor am European Institute der London School of Economics (LSE) und Autor des Buches „European Spring“, das die Fehler der Reaktionen auf die Eurokrise unter Beschuss nimmt. Legrain behauptet, das griechische „Rettungsprogramm“ wäre „auch dann gescheitert, wenn Griechenland mit schweizerischer Effizienz und schwedischer Lauterkeit regiert würde“. Auch er ist der Meinung, dass der verspätete haircut der griechischen Schulden, der zum Ziel hatte, „die französischen und die deutschen Banken zu retten“, die Hauptursache für die spätere Katastrophe war. Die Folgen dieses verheerenden Fehlers, meint der Ökonom, der früher als Berater des EU-Kommissionspräsidenten Barroso fungierte, wurden noch vervielfacht durch die Fehler der Troika-Technokraten, speziell der „unerfahrenen und arroganten“ Vertreter der Kommission.

Desmond Lachman vom konservativen Thinktank American Enterprise Institute hebt ebenfalls auf die Tatsache ab, dass Griechenland auf dem Altar der Rettung des europäischen Bankensystems geopfert wurde. Seiner Meinung nach war den politischen Chefs der Troika klar, dass das griechische Programm nicht tragfähig sein konnte. Das verstand sich von selbst. Viel schwerer sei zu verstehen, „warum die Regierung Papandreou es hingenommen hat, zur Schlachtabank geführt zu werden – mit einem Programm, das von vornherein zum Scheitern verurteilt war“. Das sei umso unverständlicher, als der fragile Zustand des europäischen Bankensystems der griechischen Regierung in den Verhandlungen mit der Troika einen starken Trumpf an die Hand gab.

Zsolt Darvas vom Bruegel Institut in Brüssel verweist auf einen weiteren Aspekt der Kosten, die durch den verspäteten Schuldenschnitt entstanden sind. „Die Ungewissheit um die Tragfähigkeit der griechischen Staatsschulden und die daraus folgende Ungewissheit über den Verbleib Griechenlands in der Eurozone waren in Zeitraum 2010 bis 2012 die wichtigsten negativen Faktoren, die zum Absturz des griechischen BIP beitrugen.“ Dieser

konjunkturelle Absturz, der weit krasser war als die Voraussagen der Troika, hätten zu dem Teufelskreis aus immer strengeren Sparauflagen und immer stärkerer Wirtschaftsflaute geführt.

Wolfgang Piccoli, Direktor des US-amerikanischen Beratungs-Unternehmens Teneo Intelligence (2011 von ehemaligen Mitarbeitern der Clinton-Administration gegründet, NK) fragt nach den Gründen, warum sich Portugal, das vor der Krise ähnliche (wenn auch nicht so große) Probleme wie Griechenland hatte, heute so viel besser dasteht. Als ersten Grund nennt er den Umstand, dass Griechenland der erste „Rettungsfall“ war. Damit wurde das Land zum „Versuchskaninchen“, das für alle Fehler seiner unerfahrenen Betreuer zahlen musste. Zum zweiten habe in Griechenland die gesamte politische Klasse „die Bedingungen des Programms als Eingriff fremder Mächte dargestellt, die die nationale Souveränität des Landes untergraben“. Dagegen habe man in Portugal die Reformen voll als „eigene Sache“ akzeptiert, worüber bei allen großen Parteien Einigkeit herrsche. Deshalb sei das Verhältnis zwischen den Vertretern der Regierung und den Abgesandten der Troika in Lissabon „harmonischer“ gewesen als in Athen.